

BGE 54 III 192

Bundesgericht (BGE), 1928-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_54_III_192

FR: ATF 54 III 192

IT: DTF 54 III 192

Volltext

192 St'huldbtreibungs- und Konkursrecht. N° 43. Specialmente ove si tratti della validita dell'aggiudi- caZIOne di uno stabile, l'amministrazione di prove e sovente indispensabile e fu costantemente ammessa (vedi le sentenze precitate). Ma 10 stesso deve valere in caso di contestazione del possesso. Di regola, la presun- zione di possesso derivante dall'iscrizione non puo essere distrutta se non colla ~rova che~ malgrado l'iscrizione il godimento e la disposizione di fatto del fondo no~ spettano all'intestato; e tale prova non puo, nella maggior parte dei casi, essere fornita se non per mezzo di testimoni, eventualmente di una visita in luogo. Per questi motivi, la causa dev' essere rinviata all'istanza cantonale perche assuma le prove offerte dal ricorrente. La Camera Esecuzi0!li e Fallimenti pronuncia : La causa e rinviata· all'istanza cantonale per com- plemento d'istruzione e nuovo giudizio. 43. Entscheid vom 3. Juli 19a5 i. S. Engel und Konsorten. B e s c h w e r d e v e r f a h r e n : Die Aufsichtsbehörden dürfen ni.cht über die B.eschwerdeanträge hinausgehen, ausser bel Verletzung zwmgender betreibungsrechtlicher Vorschriften (Erw. 2). W i , d e r s p r u c h s v e r f a h r e n : Die Entscheidung über dl,e Frage, ob Russland bezw. seine gegenwärtige Regierung EIgentumsansprache erheben. könne, muss den Gerichten vorbehalten werden (Erw. 3). Procedure de plainte . . Les autorites de surveillance ne peuvent s~~tuer : ultra petIt,a », sauf en cas de violation de dispo- SltIO~s ~ ordre public . du droit de poursuite (consid. 2). Revendzalwn. La questIO n de savoir si la Russie, soit son gouvernement actuel, peut formuler une revendication doit eire reservee a l'appréciation des tribunaux (consid. 3): Procedi,!,-ento di ricors~ : Le autorità di vigilanza non possono statmre «ultra petIta») eccetto il caso di violazione di .disp~sti .esecutivi d'ordine pubblico (consid. 2). RwendLCazwne: La questione, se la Russia 0 il suo Governo attuale possano formulare delle rivendicazioni e di compe- tenza dei tribunali (consid. 3). Schuldbtreibungs- und Konkursrecht. N° 43, 193 A. - W. Bürgi in Bern, welcher von H. Engel in Wien 9000 kg Honig gekauft hatte, liess für eine Schaden- ersatzforderung aus Nichterfüllung den nach Bern gesandten und dort bei Kehrlı & Oehler auf den Namen und für Rechnung der Speditionsfirma Schüller & Bondi in Wien eingelagerten Honig arrestieren. Als . Engel dem Betreibungsamte mitteilte, der Honig gehöre der Union der Sowjetrussischen Republiken, und als ferner die Spediteure Schüller & Bondi das Betreibungs- amt wissen liessen, dass sie sich ausschliesslich an die Weisungen der Wiener Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken zu halten haben, setzte das Betreibungsamt am 8. Mai in Anwendung des Art. 109 SchKG dem Arrestgläubiger Bürgi Frist zur Klage gegen diesen angeblichen Dritteigentümer an. Hierauf führte Bürgi Beschwerde mit dem Antrag: « Es sei .die Verfügung des Betreibungsamtes Bern- Stadt vom 8. Mai 1928 aufzuheben und das Betreibungs- amt anzuweisen, die passende Massnahme vorzuneh- men. » Der Begründung der Beschwerde ist zu entneh- men: « Da es aber nicht der Dritte, die Sowjetunion, ist, welcher den Gewahrsam an der Ware hat, sondern der Arrestschuldner, vertreten durch die Expeditions- firma Schüller & Bondi in Wien (es war zwischen den Parteien vertraglich

abgemacht worden, dass der Käufer und jetzige Arrestgläubiger erst mit der Zahlung von Preis, Zoll und Fracht verfügungsberechtigt werde und bis zu dem Moment der Verkäufers und Arrestschuldners dispositionsberechtigt sein solle), so ist die Verfügung des Betreibungsamtes als gesetzwidrig zu betrachten, und es ist dem Drittsprecher gemäss Art. 106 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit Art. 107 Abs. 1 und 2 SchKG vorzuschreiben, nach erfolgter Bestreitung seines Auspruches durch den Gläubiger, durch eine Widerspruchsklage seine angeblichen Rechte zu beweisen. Nebenbei ist zu bemerken, dass, weil Sowjetrussland de jure als Staat durch die Schweiz nicht anerkannt ist, 194 Schllldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 43. im vorliegenden Falle die prozessrechtliche Parteilegitimation dem Drittsprecher gänzlich fehlt.» B. - Durch Entscheid vom 8. Juni 1928 hat die Aufsichtsbehörde in Betreibungs- und Konkursachen für den Kanton Bern, « in Erwägung, dass in der Tat ein Widerspruchsverfahren, in dem die russische Sowjetunion Drittsprecher wäre, unmöglich ist, da die Sowjetregierung von der Schweiz nicht anerkannt wird (vgl. BGE 50 II S. 512) » erkennt: ((Die Beschwerde wird zugesprochen und die Fristsetzung gemäss Art. 109 SchKG in der Arrestbetreibung Nr. 1903 des Betreibungsamtes Bern-Stadt aufgehoben. » C. - Gegen diesen Entscheid haben sowohl Engel als die Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken in Österreich den Rekurs an das Bundesgericht eingelegt mit dem Antrag: « Es sei der angefochtene Entscheid der kantonalen bernischen oberen Aufsichtsbehörde aufzuheben und das Betreibungsamt Bern-Stadt anzuweisen, in der Arrestbetreibungssache Nr. 1903 der Gläubigerin W. Bürgi Bern gemäss Art. 109 SchKG Frist zu setzen zur Einreichung der Klage gegen die Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken in Österreich, Wien I, Seitzergasse 2-4. » Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung : 1. - Die Frage nach der Rekurslegitimation gibt zu keinen Bedenken Anlass, da auch der Arrestschuldner ein Interesse daran hat, dass in einer gegen ihn gerichteten Zwangsvollstreckung nicht ohne Durchführung des Widerspruchsverfahrens Vermögensstücke zur Verwertung gelangen, welche nicht ihm selbst gehören, muss er doch andernfalls befürchten, einer Klage auf Ersatz in Geld ausgesetzt zu werden. 2. - Der angefochtene Entscheid ist zunächst aus Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 43. 195 dem Grunde unhaltbar. dass er über den Beschwerdeantrag hinausgeht. Der Beschwerdeführer zielt ja ungenügend auf den Ausdruck gebräuchter Bezweifelung der prozessrechtlichen Parteilegitimation des Drittsprechers gar nicht darauf ab, dass kein Widerspruchsverfahren gegen den vom Arrestschuldner bezeichneten Dritteigentümer durchgeführt werde, sondern darauf, dass das Widerspruchsverfahren in anderer Weise eingeleitet werde, nämlich durch Ansetzung nicht der Klagefrist, sondern einer blossen Bestreitungsfrist an ihn, welcher dann allfällig die Klagefristansetzung an den bezeichneten Dritteigentümer nachzufolgen hätte. Wenn der Beschwerdeantrag gleichwohl zunächst auf Aufhebung der Verfügung des Betreibungsamtes vom 8. Mai gerichtet ist, so war damit nicht die Aufhebung jeglichen Widerspruchsverfahrens gemeint, sondern wollte nur Raum geschaffen werden für die Einleitung des Widerspruchsverfahrens auf andere, nämlich die durch Art. 106 SchKG vorgesehene Weise. Im Grunde hat es der Beschwerdeführer also nicht auf die Aufhebung, sondern nur auf die Abänderung der das Widerspruchsverfahren einleitenden Verfügung abgesehen. Über Beschwerdeanträge hinauszugehen steht aber den Aufsichtsbehörden nur zu, wenn Anlass zum Einschreiten von Amtes wegen bestünde, was bei Verletzung absolut zwingender Verfahrensvorschriften zutrifft, also solcher, welche im Interesse von dritten, am Verfahren nicht beteiligten Personen aufgestellt sind. Inwiefern es sich vorliegend

hierum handeln könnte, hat die Vorinstanz nicht einmal angedeutet und ist auch nicht ersichtlich. Sodann erweist sich die Durchführung eines Widerspruchsverfahrens auch nicht etwa als unmöglich, wie noch darzutun sein wird.

3. - Aber auch in der Sache selbst erweckt der angefochtene Entscheid Bedenken, indem die Vorinstanz Fragen beurteilt hat, über welche zu entscheiden den Gerichten vorbehalten bleiben muss, weil sie vom materiellen Recht beherrscht werden. So zunächst die Frage, ob der russische Staat Eigentum und überhaupt Privatrechte an in der Schweiz befindlichen Gegenständen haben könne - welche übrigens nicht so sehr mit der Frage nach der Anerkennung der Sowjetregierung, als vielmehr mit der Frage nach der Anerkennung der Existenz der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken als Staates im Zusammenhang stehen dürfte. Ferner (eventuell) die Frage, ob wegen der Nichtanerkennung der Sowjetregierung seitens der Schweiz diese Regierung und ihre Organe nicht als legitimiert angesehen werden können, für den von ihr geleiteten Staat Eigentumsansprüche an in der Schweiz befindlichen und hier in ein Zwangsvollstreckungsverfahren einbezogenen Vermögensstücken zu erheben und gerichtlich geltend zu machen, gleichgültig, ob es sich um solche Vermögensgegenstände handle, welche sich der russische Staat durch die Sozialisierungsmassnahmen angeeignet habe, oder andere, bezüglich welcher dies kaum der Fall sein wird. Gerade dass es nicht zur Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden gehört, zu derartigen Legitimationsfragen Stellung zu nehmen, hat die Oberaufsichtsbehörde bereits ausgesprochen (BGE 54 111 S. 153). Sollte einerseits anerkannt werden, dass die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Eigentum in der Schweiz haben kann, andererseits aber verneint werden, dass die gegenwärtige russische Regierung oder ihre Organe solches Eigentum geltend machen können, so würde der Fall vorliegen, dass einem Vermögen die nötige Verwaltung fehlt, dem nach dem Vorgange von BGE 51 II S. 259 durch Anordnung einer Verwaltungsbeistandschaft beizukommen wäre, um die Durchführung des Widerspruchsprozesses zu ermöglichen. Vorderhand aber können der widersprechenden Rekurrentin Parteirechte nicht abgesprochen werden.

4. - Zur sofortigen Entscheidung über die streitig gebliebene Gewahrsamsfrage auf Grund des einseitigen Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 44. 197 Vorbringens des Beschwerdeführers kann sich das Bundesgericht nicht entschliessen; daher ist die Sache zurückzuweisen. Demnach erkennt die Schuldbetr.- und Konkurskammer: Der Rekurs wird begründet erklärt, der angefochtene Entscheid aufgehoben und die Sache zurückgewiesen.

44. *Aung & III dem Entscheid. vom S. JIII 1928 i.S.S~ Kompetenzanspruch gemäss Art. 92 Ziff. 3 S. ch KG. B e r u f 0 d e r G e w e r b e b e t r i e b (U n t e r n e h m u n g) , D e r B e t r i e b e i n e r W e r k s t ä t t e n a n l a g e (m e c h a n i s c h e W e r k s t ä t t e) , d i e e i n e n G e s a m t s c h ä t z u n g s w e r t v o n 5 7 5 0 F r . a u f w e i s t , s t e l l t k e i n e n B e r u f g e m ä s s A r t . 9 2 Z i f f . 3 S c h K G d a r (E r w . 1) . D i e F r a g e , o b i m B e t r i e b e i n e r M a s c h i n e b e z w . e i n e r g a n z e n A n l a g e e i n B e r u f o d e r a b e r e i n G e w e r b e b e t r i e b z u e r b l i c k e n s e i , w e i l d i e s e r d e n B e i z u g f e r m d e r A r b e i t s k r ä f t e e r h e i s c h t , r i c h t e t s i c h n i c h t d a r n a c h , w i e d i e b e t r . M a s c h i n e b e z w . A n l a g e t a t s ä c h l i c h v o m S c h u l d n e r b e t r i e b e n w i r d , s o n d e r n a u s s c h l a g g e b e n d i s t , w i e e i n e M a s c h i n e b e z w . A n l a g e d e r b e t r e f f e n d e n A r t i h r e r g e s a m t e n K o n s t r u k t i o n u n d Z w e c k b e s t i m m u n g , s o w i e i h r e m U m f a n g e g e m ä s s n o r m a l e r w e i s e b e t r i e b e n w i r d (E r W . 2) . O b j e t s i n s a i s s a b l e s . A r t . 9 2 c h i f f r e 3 L P . P r o f e s s i o n o u e n t r e - p r i s e ? L ' e x p l o i t a t i o n d ' u n a t e l i e r m e c a n i q u e , d o n t l ' i n s t a l l a t i o n e s t e v a - l u e e a 5 7 5 0 f r . , n e c o n s t i t u e p a s l ' e x e r c i c e d ' u n e p r o f e s s i o n a u s e n s d e l ' a r t . 9 2 c h i f f r e 3 L P (c o n s i d . 1) . P o u r r e s o u d r e , l a q u e s t i o n d e s a v o i r s i l ' e x p l o i t a t i o n d ' u n e m a c h i n e o u d ' u n e i n s t a l l a t i o n m e c a n i q u e d o i t e t r e c o n s i d e r e e c o m m e l ' e x e r c i c e d ' u n e p r o f e s s i o n , o u c o m m e u n e*

entreprise parce qu'elle exigerait de la main-d'œuvre étrangère, il faut tabler, non point sur la façon dont le débiteur exploite en fait la machine ou l'installation dont il s'agit, mais sur la manière dont une machine ou installation de ce genre devrait être exploitée normalement, d'après sa construction, son importance et sa destination (consid. 2). AS 54 ur - 1928 16

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.